

Erinnerungen an die Bodenreform

Von Bernhard Bechler

Aus: Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam. Herausgeber Kulturbund der DDR, 1985

In meiner Eigenschaft als damaliger Vorsitzender der Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform in der Provinz Brandenburg (1) freue ich mich, den Lesern der „Märkischen Heimat“ einige Gedanken darlegen zu können, die die praktische Seite der Durchführung der Bodenreform behandeln. Ich möchte damit aus Anlaß des 40. Jahrestages der Verkündung der Bodenreform Erinnerungen wachrufen, zum anderen aber auch einen kleinen Beitrag zur Sammlung und Auswertung von Erfahrungen für die Geschichtsschreibung über die Durchführung der Bodenreform leisten.

Am 6. September 1945 erließ die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg die Verordnung über die Bodenreform. Es fällt auf, daß diese Verordnung nicht die Unterschrift aller Mitglieder der Provinzialverwaltung trägt.

Zum ersten Mal schieden sich bei diesem wichtigen politischen Schritt die Geister. Einer der bürgerlichen Vizepräsidenten verweigerte die Unterschrift und schied anschließend aus der Provinzialregierung aus. Hauptargument des Vizepräsidenten Remak war der Auffassung, daß die Enteignung des Grund und Bodens nicht entschädigungslos erfolgen dürfe. Vielleicht war dies auch nur ein Vorwand. Interessant ist das Verhalten des uns allen bekannten Herrn Schleusener von der CDU, der als Vizepräsident ebenfalls Mitglied der Provinzialverwaltung war. Er gehörte damals zu der reaktionären Gruppe dieser Partei und gab nur deshalb die Unterschrift zur Verordnung über die Bodenreform, weil diese Gruppe noch immer glaubte, von innen heraus die Macht wieder an sich reißen zu können. Später setzten sich die fortschrittlichen Kräfte im Rahmen des Differenzierungsprozesses in der Partei und durch die sich bei der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entwickelnden Tatsachen immer mehr durch und unterstützten ehrlich und tatkräftig die Durchführung der Bodenreformverordnung.

So zeigte sich in der oberen Ebene ebenso wie - noch stärker - in den einzelnen Gemeinden, daß die Durchführung der Bodenreform harter Klassenkampf war.

In den Gemeinden, Kreisen und Verwaltungsbezirken wurden entsprechende Kommissionen zur Durchführung der Bodenreform gebildet. Dazu kam die Schaffung der Provinzialkommission, die unter Leitung des 1. Vizepräsidenten stand. Ihr gehörten ferner an die Vizepräsidenten Rau und Schleusener, der Oberlandrat in Bernau Neddermeyer, der Landrat in Cottbus Saisowa, der Vorsitzende des FDGB Möricke und Bauer Sommer, Kreis Westhavelland.

Die Durchführung der Bodenreform war in erster Linie eine wichtige politische Maßnahme, die ihren Niederschlag auch in der Zusammensetzung der Provinzialkommission fand. Das kam u. a. darin zum Ausdruck, daß der 1. Vizepräsident, der ja praktisch die Funktion des Innenministers ausübte - und nicht der Vizepräsident für die wirtschaftlichen Fragen, damals der Genosse Heinrich Rau - den Vorsitz der Kommission erhielt und dadurch für die Durchführung der Bodenreform im Land Brandenburg der Partei und Regierung gegenüber voll verantwortlich war.

Sie war weiterhin eine wirtschaftliche Maßnahme, indem sie der damaligen Lage entsprechend - es gab keine Maschinen, keine Technik auf dem Land - eine intensivere Bearbeitung des Bodens ermöglichte.

Und schließlich war sie eine soziale Maßnahme, die Tausende von Umsiedlern wieder Grund und Boden und damit eine neue Heimat gab; ganz im Gegenteil zu Westdeutschland, wo zwar Entschädigungen gezahlt, aber die Umsiedler aus politischen Gründen nicht seßhaft gemacht wurden.

Bereits am 23. September 1945 wurden die ersten Bodenerkunden feierlich überreicht:

Auf der Wiese des alten Gutsparkes von Plänitz im Kreis Ruppín - heute zum Kreis Kyritz gehörend - fand der feierliche Auftakt für die Verteilung des Junkerlandes statt.

60 Bewerber - 22 landarmen Bauern und Landarbeitern, acht Handwerkern, drei neuen Siedlern, 13 Umsiedlern aus Planitz und 14 landarmen Bauern und Landarbeitern aus Neustadt an der Dosse - wurden die Besitzerurkunden überreicht. Die erste Urkunde - und zwar über acht Hektar Ackerland und einen Hektar Wiese, konnte der Siedler Ernst Paris, Vater von 11 Kindern, in Empfang nehmen. Dem historischen Akt war eine angestrenzte Tätigkeit der Gemeindegemeinschaft zur Durchführung der

Bodenreform vorangegangen, die den Besitz des Herrn von Rathenow aufgeteilt und die einzelnen Parzellen an die Bewerber verlost hatte. Ich selbst nahm als Vorsitzender der Provinzialkommission ebenfalls daran teil, überbrachte den Alt- und Neubauern die Grüße der Landesregierung und beglückwünschte sie zum Erhalt des Bodens. Gleichzeitig benutzte ich die Gelegenheit, um damals auftretenden Gerüchten entgegenzutreten, daß nach der Aufteilung des Großgrundbesitzes über 100 ha die Großbauern enteignet würden, die über mehr als 50 ha Land verfügten. Pfarrer Müller, der mit den Trecks aus den Gebieten jenseits der Oder nach Planitz gekommen war, versprach, daß die Neusiedler sich gegenseitig helfen werden, mit dem Ihnen überantworteten Boden eine neue Lebenszelle für das deutsche Volk zu schaffen.

Auch der Kreissekretär der KPD Schebeck und ein Offizier der SMA ergriffen das Wort.

In dem Zusammenhang ist es notwendig, einige Bemerkungen zur Rolle der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht zu machen.

Die wichtigsten ersten Maßnahmen zur Schaffung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung sind durch die sowjetische Militäradministration bzw. durch die örtlichen Kommandanturen in Form von Befehlen durchgeführt worden. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß nicht wenige Menschen unserer Bevölkerung damals glaubten, die demokratische Umgestaltung in der damaligen Ostzone sei nicht auf den Willen der Bevölkerung, sondern ausschließlich auf die Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen, unsere sozialistische Revolution sei letzten Endes auf den Bajonetten der Sowjetarmee importiert und errichtet worden. Diese falsche Meinung wurde - und wird auch heute noch - von unseren Gegnern vertreten und propagandiert.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß der Inhalt der von der damaligen sowjetischen Besatzungsmacht gegebenen Befehle und Anordnungen in jedem Falle ausschließlich der Erfüllung des Potsdamer Abkommens diene und mit unserer Zielstellung, mit der Zielstellung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien, mit der Zielstellung der Kommunistischen Partei Deutschlands bzw. später der SED vollkommen übereinstimmte. Es gab keine Befehle und keine anderen Dokumente, die nicht vorher mit antifaschistischen Persönlichkeiten, besonders mit den Vertretern der Arbeiterklasse, mit den Vertretern der zugelassenen Parteien abgestimmt waren. Jawohl, wir erklären ganz offen, das waren auch „unsere Befehle“. Als Beweis dafür sei auf den Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom u. Juni 1945 verwiesen, in dem gefordert wird:

Übernahme aller entscheidenden Funktionen in den Verwaltungsorganen und in der Wirtschaft durch Antifaschisten und Demokraten, entschädigungslose Enteignung der Junker und Großgrundbesitzer und Aufteilung ihres Landes, Bestrafung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher und Übernahme der Konzerne, Banken und Großbetriebe in die Hände des Volkes, Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk und Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Kultur.

Diese Aufgabenstellung entsprach nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse, sondern denen aller Klassen und Schichten des deutschen Volkes, mit Ausnahme der verbrecherischen Clique von Monopolisten, Militaristen und Junkern.

Die Forderungen des Aufrufs der Kommunistischen Partei Deutschlands entsprachen, vollkommen den Forderungen des Potsdamer Abkommens und ließen keinerlei Widersprüche oder Gegensätze zu den zu erfüllenden Aufgaben durch die sowjetische Militärverwaltung zu. Diesen Forderungen entsprachen auch alle gegebenen Befehle der Sowjetarmee, die sich - ganz im Gegensatz zu der Lage und dem Verhalten der Besatzungsmächte in Westdeutschland - auf die wichtigsten Fragen beschränkten, während die Lösung grundsätzlicher Fragen der demokratischen Entwicklung ausschließlich durch die deutschen Organe beschlossen und durchgeführt wurde. Alle Entscheidungen über die grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen betrachtete die sowjetische Militärverwaltung als ureigenste Sache des deutschen Volkes und handelte auch danach.

Als Beispiel möchte ich gerade die Verordnung über die Durchführung der Bodenreform erwähnen, die vollkommen von den Verwaltungsorganen der damaligen Ostzone beschlossen und durchgeführt wurde. Dabei zeigte sich bereits, wie die führende Kraft der damaligen demokratischen Kräfte, die Arbeiterklasse und ihre Partei, ihre Führungsrolle dadurch verwirklichte, daß sie den damaligen Landes- bzw. Provinzialverwaltungen Entwürfe wichtiger Verordnungen - wie z. B. der Verordnung über die Bodenreform - mit dem Vorschlag zuleitete, sie durch die entsprechenden Organe annehmen zu lassen.

So wurde in dieser Form die Verordnung über die Bodenreform durch die Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen beschlossen, die dann als Beispiel für alle Provinzial- und Landesverwaltungen galt und dort in gleicher Weise beschlossen wurde.

Diesem Beschluß ging eine dreitägige Diskussion unter Leitung des Genossen Walter Ulbricht bei der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen voraus.

In der Provinz Brandenburg wurde in dem gleichen Maße gehandelt wie in der Provinz Sachsen. Genosse Walter Ulbricht sagte dazu auf einer Bauernversammlung in Schlaitz am 3. Juli 1960:

„Aber wir haben das nicht in der Weise gemacht, daß wir oben in den Verwaltungen ausrechneten, wie das Land verteilt werden soll, sondern haben den Arbeitern und Bauern gesagt: Ihr habt selbst die Schule besucht, ihr wißt selbst, wie der Boden am besten verteilt werden kann. Wir müssen gemeinsam ein Gesetz über die Bodenreform ausarbeiten, aber die Aufteilung des Bodens führt ihr selbst durch!“

Ich möchte in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß wir in dieser Frage sehr oft im Widerspruch zu den Vertretern der bürgerlich-demokratischen Parteien - besonders der CDU - standen, die gerade umgekehrt den Erlaß von Verordnungen von oben forderten, ohne die Entwicklungen unten zu berücksichtigen bzw. abzuwarten.

Nun noch einige Einzelheiten, die mir wichtig erscheinen. Es ist notwendig, bei der Beurteilung der Durchführung der Bodenreform nicht den heutigen Maßstab anzulegen. Wir müssen verstehen, daß damals die heutige politische Reife auf dem Dorf natürlich noch nicht erreicht war, daß die Durchführung der Bodenreform einen harten Klassenkampf bedeutete, der nicht ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Dabei wurde nicht unmittelbar sichtbare Sabotage getrieben. Ein Teil der Großgrundbesitzer war bereits geflüchtet. Die Reaktion hatte keine echte Basis mehr, weil ja vorher bereits der alte Staatsapparat zerschlagen war. Dennoch gab es Überspitzungen, Widerstand und auch Sabotageversuche, besonders durch die ehemaligen Inspektoren der Großgrundbesitzer, die als Fachleute zum Teil keine untergeordnete Rolle in den Bodenkommissionen spielten. Im ganzen entwickelte sich jedoch in den Dörfern eine große Initiative, so daß lediglich eine bestimmte Anleitung durch die demokratischen Verwaltungsorgane erforderlich war. Bei Kontrollen unsererseits kam es deshalb vorwiegend darauf an, Überspitzungen abzustellen wie z. B. die Aufteilung von Kirchengütern, den Abriß von Kirchen (z. B. in Felgentreu, Kreis Luckenwalde) oder den Versuch, Restgüter für sogenannte „fortschrittliche“ Gutsbesitzer zu belassen, die Abholzung des übergebenen Waldes zu verhindern usw.

Eine große Arbeit wurde bei der Eintragung in die Grundbücher zur rechtlichen Sicherung der Bodenreform geleistet.

Eine weitere Maßnahme zur Sicherung der Bodenreform war die Durchführung des Befehls der SMA Nr. 209 - Bodenreformbauprogramm der im September 1947 erlassen wurde und ebenfalls als ein Bestandteil der Durchführung und Sicherung der Bodenreform betrachtet werden muß. Das war eine besonders schwierige Aufgabe, für die ebenfalls der Innenminister verantwortlich gemacht wurde. Ich sage ganz offen: Die Erfüllung dieser Aufgabe machte uns allen große Sorgen.

Allein im Land Brandenburg mußten in der 1. Etappe 10.000 Neubauernhöfe geschaffen werden (von 37.000 insgesamt in der damaligen Ostzone), für die jedoch nur etwa ein Drittel an Material planmäßig zur Verfügung gestellt werden konnte. Alles mußte in eigener Initiative beschafft werden (Abriß von Ruinen für die Gewinnung von Ziegelsteinen, Errichtung von Lehmbauten usw.).

Bei der Durcharbeitung der damaligen Presseveröffentlichungen - vor allem in der „Märkischen Volksstimme“ - fällt als besonders interessant die Arbeitsmethode der damaligen Oberbauleitung Brandenburg auf, die vieles mit heutigen Arbeitsmethoden gemeinsam hatte: Schaffung von sogenannten Musterdörfern, wie Wernitz (Kreis Nauen), Krüge (Kreis Oberbarnim), Mittenwalde (Kreis Templin) u. a.: Abhaltung der Sitzungen der Oberbauleitung unter Vorsitz des Innenministers als öffentliche Sitzung in den wichtigen Schwerpunktgemeinden unter Hinzuziehung der Neusiedler; Ausschreibung eines Wettbewerbs der Oberbauleitung mit Prämien von 300 bis 400 Mark; Übernahme von Patenschaften, Tage der sogenannten Bereitschaft usw.

Ich möchte schließen mit den Gedanken, die ich damals im Rahmen einer Diskussion des bekannten Schriftstellers Bernhard Kellermann unter der Überschrift „Was sollen wir tun“ in der damaligen „Täglichen Rundschau“ zum Ausdruck gebracht habe:

„Die Notwendigkeit, den Militarismus in seinen Wurzeln auszurotten, richtet unser aller Blick heute auf das Land. Die Bodenreform ist das erste große, sichtbare Zeichen eines neuen Weges. Was heute auf dem Lande geschieht, ist nichts weiter als der erste Schritt zu unserer neuen kämpferischen Volksdemokratie.

Man muß die ersten Aufteilungen von Rittergütern selbst miterlebt haben, um aus diesen Erlebnissen schöpfend, frohen Herzens in die Zukunft blicken zu können, man muß gesehen haben, mit welcher Initiative ans Werk gegangen wird. Ist es ein Zufall, daß kaum drei Wochen nach Verkündung der Bodenreform die praktische Aufteilung des Landes, z. b. in der Provinz Mark Brandenburg, bereits im vollen Gange ist?

Ist es ein Zufall, daß bei den Kundgebungen für die Aufteilung des Bodens der Landarbeiter neben dem Bauern, die Vertreter der politischen Parteien neben denen der Verwaltungen, neben dem Pfarrer stehen? Nein, wer es miterlebt hat, fühlte ganz instinktiv, daß die Masse des deutschen Volkes aus den Erlebnissen dieses zweiten grausamen Weltkrieges und aus der Geschichte verstanden hat, um was es heute geht.

Wenn wir - und davon bin ich heute schon fest überzeugt - Ende Oktober dem deutschen Volk und der Welt verkünden können, daß die Neuverteilung des Bodens in nicht einmal zwei Monaten praktisch verwirklicht wurde, dann haben wir damit bewiesen, daß wir nicht nur gewillt, sondern auch fähig sind, unseren neuen deutschen Weg erfolgreich zu beschreiten. Damit wird der erste Schritt, der erste Erfolg zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt getan sein.“ (2)

Anmerkungen

1 Die Provinz Brandenburg wurde erst im Juli 1947 in „Land Brandenburg“ umbenannt. Die am 4. Juli 1945 von der SMA bestätigte Provinzialverwaltung wurde im Dezember 1946 nach den ersten freien demokratischen Wahlen in eine Provinzialregierung umgewandelt. Ab Juli 1947 führt sie dann die Bezeichnung Landesregierung.

2 „Tägliche Rundschau“ vom 3. 10. 1945